



Chart of the Week: 4. Quartal 2021

Aktuelle Daten und Fakten interaktiv visualisiert

22.12.2021, 12:23



© ADOBESTOCK/WKÖ

KW 51: Trendumkehr bei den Insolvenzen im vierten Quartal

In Österreich gab es bis zum Ende des Sommers deutlich weniger Unternehmensinsolvenzen als vor der Krise. Im vierten Quartal 2021 setzte jedoch eine Trendumkehr ein. Voraussichtlich fast 40 % aller diesjährigen Firmenpleiten erfolgten in den letzten drei Monaten des Jahres. Da die Insolvenzantragspflicht bei Überschuldung nicht mehr ausgesetzt ist und die Österreichische Gesundheitskasse sowie Finanzämter wieder Insolvenzanmeldungen veranlassen, stieg die Anzahl der Insolvenzen im vierten Quartal des heurigen Jahres auf ein ähnliches Niveau wie in demselben Zeitraum im Jahr 2019.

Für das Jahr 2022 erwartet der KSV, dass es ungefähr 5.000 Unternehmensinsolvenzen in Österreich geben wird. Damit würde es zu einer Stabilisierung der Insolvenzentwicklung auf dem Vorkrisenniveau kommen. Generell heißt es im aktuellsten OECD-Länderbericht, dass die von der Pandemie noch immer betroffenen Sektoren wie der Tourismus und das Gastgewerbe weiterhin unterstützt werden sollten.

KW 50: Druck auf Pensionsysteme wächst

Der aktuelle Bericht der OECD „Pensions at a Glance“ zeigt, dass die Pensionszahlungen in den meisten OECD-Ländern während der COVID-19-Pandemie weitgehend aufrecht erhalten wurden und Pensionsbezieher in dieser Hinsicht die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise nicht stark zu spüren bekommen haben. Zukünftig steigt der Druck auf die Pensionsysteme aber weiter, nicht nur aufgrund der höheren öffentlichen Verschuldung, sondern v.a. auch deshalb, weil sich die Alterung der Bevölkerung in den nächsten zwei Jahrzehnten rasant fortsetzen wird. Den aktuellsten OECD-Projektionen zufolge wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis 2060 in Österreich um 18% zurückgehen.

Die OECD betont, dass die größte Herausforderung darin besteht, die Pensionen auf lange Sicht finanziell und sozial nachhaltig zu gestalten. Der Einsatz automatischer Anpassungsmechanismen ist ein wesentliches Instrument für solide Pensionsysteme. Zumindest sollte der Anstieg der Lebenserwartung durch eine Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters ausgeglichen werden.

Zur Analyse

KW 49: Globale Erholung noch nicht abgeschlossen

Laut aktuellem „Economic Outlook“ der OECD erholt sich die Weltwirtschaft ebenso wie die Beschäftigung und Einkommen weiter, die Erholungsdynamik hat jüngst jedoch nachgelassen.

Darüber hinaus hat die globale Erholung die bisherigen Erwartungen zwar übertroffen, der Vorkrisen-Wachstumspfad konnte jedoch noch nicht erreicht werden. Dementsprechend prognostiziert die OECD für 2021 ein globales Wachstum von 5,6% im Jahr 2022 und 4,5% 2022. Auch für Österreich sieht die OECD in den kommenden Jahren ein deutliches Wirtschaftswachstum von heuer 4,1% bzw. 4,6% im Jahr 2022 und einen kleineren Zuwachs von 2,5% im Jahr 2023.

Für Österreich weist die OECD darauf hin, dass eine Verlängerung des aktuellen Lockdowns ein erhebliches Abwärtsrisiko darstellt. Die OECD empfiehlt Österreich, den verbleibenden fiskalischen Spielraum zu nutzen, um strukturelle Veränderungen nach der Pandemie zu erleichtern. Darüber hinaus wird die Notwendigkeit von weiteren Investitionsanreizen für Unternehmen unterstrichen, um den Übergang zu grünen Technologien und Digitalisierung zu unterstützen. Insgesamt soll die makroökonomische Politik weiterhin unterstützt werden, solange die kurzfristigen Aussichten noch unsicher sind.

Zur Analyse

KW 48: Lockdown bringt massive Kosten für die österreichische Wirtschaft

Der derzeitige bundesweite Lockdown kostet die österreichische Wirtschaft zwischen 800 Mio. Euro und 1 Mrd. Euro pro Woche. Wäre der Lockdown nur auf Oberösterreich und Salzburg bzw. nur auf ungeimpfte Personen beschränkt, würden die Kosten rund ein Viertel eines gänzlichen bundesweiten Lockdowns betragen. Je länger der Lockdown anhält und je näher zur Weihnachtszeit hin er verlängert wird, desto größer ist der wirtschaftliche Schaden. Bei einem längeren Lockdown bis Jänner 2022 könnten die Kosten laut WIFO auf bis zu 1,2 Mrd. Euro pro Woche ansteigen. Dementsprechend wird sich die aktuelle Pandemie-Entwicklung auf die Prognose zur österreichischen Wirtschaftsentwicklung 2021 und 2022 auswirken.

Der Lockdown muss aus wirtschaftlicher Sicht wie angekündigt am 13. Dezember enden. Die Betriebe haben bisher stets sehr verantwortungsvoll agiert und einen großen Beitrag zur Pandemiebekämpfung geleistet. Zur nachhaltigen Bekämpfung der Pandemie und der damit verbundenen Herausforderungen ist die Impfung das wirksamste Instrument. In erster Linie gilt es daher, das Impftempo raschestmöglich zu steigern und für wirksame Impfanreize zu sorgen.

Zur Analyse

KW 45: WIFO-Analyse zeigt: Investitionsanreize wirken

Investitionsprämie bringt auch 2022 positive Impulse: Investitionen sind ein Booster für das Wachstum. Deswegen ist es erfreulich, dass Maßnahmen zur Ankurbelung der Investitionen gut greifen, wie das WIFO in einer aktuellen Analyse schreibt. Mittelfristig sieht das Institut eine positive Entwicklung der Investitionen, insbesondere im produzierenden Bereich. Dabei wirkt die Investitionsprämie auch noch 2022 nach, da zusätzliche

Ausrüstungsinvestitionen durchgeführt werden, die ohne Prämie nicht getätigt worden wären. Für das Jahr 2022 erwartet das WIFO einen Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen von 4,4 %.

Investitionen sind ein Booster für das Wachstum. Deswegen ist es erfreulich, dass Maßnahmen zur Ankurbelung der Investitionen gut greifen, wie das WIFO in einer aktuellen Analyse schreibt.

Ab 2023 positive Effekte durch KöSt-Senkung und Investitionsfreibetrag: Dank der Investitionsprämie haben Unternehmen Investitionen vorziehen können, auch 2022 zeigen sich positive Effekte der Investitionsprämie. In der Folge könnte es zu einer Abschwächung der Investitionstätigkeit in den Jahren 2023 und 2024 kommen – dies wird jedoch durch Maßnahmen aus dem Steuerreform-Paket abgefedert: Ab 2023 wirkt die Senkung des Körperschaftsteuersatzes, zudem wird ein (Öko-)Investitionsfreibetrag eingeführt. Das soll die Investitionstätigkeit mittelfristig weiter ankurbeln.

[Zur Analyse](#)

KW 44: Energiepreise stark gestiegen

Die Energiepreise sind weltweit stark gestiegen und erreichten in der 2. Hälfte des Jahres 2021 ihr bisher höchstes Niveau. Die Gaspreise sind zwar zuletzt wieder etwas gesunken, haben sich aber seit Jahresanfang immer noch fast vervierfacht. Der Kohlepreis hat sich fast verdreifacht, Erdöl ist um rund 70% teurer als zu Jahresbeginn. Die hohen Erdgas- und Kohlepreise haben sich auf vielen Märkten in höheren Strom- und Heizkostenpreisen niedergeschlagen, insbesondere dort, wo die Erzeugung aus erneuerbaren Energien relativ gering ist.

Die stark steigenden Preise für Strom und Gas bedeuten für Unternehmen enorme zusätzliche Belastungen. Um den Standort Österreich sicherzustellen brauchen Unternehmen eine sichere Energieversorgung zu international wettbewerbsfähigen Preisen. Dafür ist es notwendig, dass der europäische Energiebinnenmarkt weiterentwickelt wird und die Europäische Kommission Energiekooperationen mit anderen Wirtschaftsräumen aufbaut. Darüber hinaus ist mehr Tempo beim Ausbau der erneuerbaren Energien und damit die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren eine zentrale Voraussetzung für eine sicherer Energieversorgung.

[Zur Analyse](#)

KW 43: Prognosen unterstreichen Bedeutung von Strukturreformen

Die aktuelle Langfristprognose der OECD geht davon aus, dass die Weltwirtschaft bis 2060 nur mehr halb so schnell wächst wie derzeit. Gleichzeitig werden Trends wie die Alterung der Bevölkerung, die zu höheren Pensionsleistungen und einem geringeren Arbeitskräfteangebot führt, sowie steigende Ausgaben für Gesundheit und Pflege den Druck auf die öffentlichen Haushalte weiter erhöhen. Vor diesem Hintergrund betont die OECD die Bedeutung von Strukturreformen. Notwendig sind ehrgeizige Reformpakete, die zu einer Erhöhung der Beschäftigungsquoten und einer Verlängerung des Arbeitslebens führen.

Als Vorbild in Hinblick auf die Arbeitsmarktperformance kann die Schweiz herangezogen werden. Die Erwerbstätigenquote in der Schweiz ist mit 80,5 % deutlich höher als in Österreich mit 73,6 %. Hätte Österreich eine gleich hohe Erwerbstätigenquote wie die Schweiz, wären um rund 402.000 Personen mehr in Beschäftigung. Ohne Reformen müssten die Steuerreinnahmen um mehr als 10 % des BIP erhöht werden, um bei unveränderten Sozialleistungen die Verschuldung auf dem aktuellen Niveau zu halten, rechnet die OECD vor.

[Zur Analyse](#)

KW 42: Lieferengpässe begleiten Aufschwung der Weltwirtschaft

Der IWF geht in seinem aktuellen „World Economic Outlook“ weiterhin von einem kräftigen Wachstum der Weltwirtschaft für 2021 aus (+5,9 %), hat aber seine Prognose gegenüber Juli gesenkt (-0,1 %). Der weltweite Aufschwung hält somit an, die Dynamik hat sich aber etwas abgeschwächt. Ein wesentliches Risiko für die wirtschaftliche Erholung liegt in den zunehmenden Lieferengpässen, v.a. in den USA und der Eurozone. Die Ursachen für die Engpässe sind vielfältig und liegen v.a. in der Corona-Krise begründet. Nach einem Nachfrageeinbruch infolge der Lockdown-Maßnahmen kam es seit Jahresbeginn 2021 zu einer überraschend schnellen Erholung und damit zu einem sprunghaften Anstieg der globalen Nachfrage, auf die sich Lieferanten nicht rechtzeitig einstellen konnten.

Die Engpässe in den Lieferketten können den Wirtschaftsaufschwung gefährden und führen für Unternehmen zu steigenden Materialpreisen, längeren Lieferzeiten und teilweise zu Auftragsstornierungen. Laut diverser Analysen sollte sich der Großteil der Lieferprobleme Ende 2021 bis Anfang 2022 auflösen.

[Zur Analyse](#)

KW 41: Insolvenzen weiterhin auf Tiefstand

Das heurige Jahr 2021 brachte bislang einen neuerlichen Tiefstand bei der Anzahl der Insolvenzen. Die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen lag in den ersten 9 Monaten 2021 sowohl unter dem Vorkrisen- als auch unter dem Vorjahresniveau. Heuer wurden bis zum Ende des dritten Quartals nur etwa halb so viele (-52 %) Insolvenzen verbucht wie im Jahr 2019. Jene Insolvenzen, die dennoch stattfanden, betrafen tendenziell kleinere Betriebe. Dadurch sank das Volumen der Gläubigerforderungen auf ein Rekordtief.

Die geringe Anzahl an Insolvenzen sowohl bei Unternehmen als auch bei Privatpersonen deutet darauf hin, dass die COVID-Unterstützungsmaßnahmen der Regierung wirksam waren und eine Pleitewelle verhindert haben. In den nächsten Monaten ist mit einem Anstieg der Insolvenzzahlen in Richtung des Vorkrisenniveaus zu rechnen, der jedoch sanft ausfallen sollte.

[Zur Analyse](#)

KW 39: Österreich verbessert sich im Global Innovation Index

Österreich hat im Global Innovation Index 2021 gegenüber 2020 um einen Platz auf Rang 18 aufgeholt. Damit gehört Österreich zu den wenigen Ländern, die sich im vergangenen Jahr verbessern konnten. Das innovativste Land der Welt bleibt zum 11. Mal in Folge die Schweiz, vor Schweden, den USA und dem Vereinigten Königreich. Österreich konnte seine Position in den letzten drei Jahren kontinuierlich verbessern und zeichnet sich durch relativ hohe Ausgaben für Forschung und Entwicklung aus. Allerdings produziert Österreich im Verhältnis zu seinen Innovationsinvestitionen wenig Innovationsoutput. Am besten schneidet Österreich in den Bereichen Humankapital, Forschung und Infrastruktur ab, am schwächsten bei der Marktreife bzw. beim Zugang zu Kreditfinanzierungen sowie bei den Bedingungen für Investoren.

Insgesamt haben viele Sektoren - insbesondere in den Bereichen Digitalisierung, Technologie und Innovation - eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit gezeigt. So sind auch im Jahr 2020 der wissenschaftliche Output, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie die Anmeldungen für geistiges Eigentum weiter angestiegen. Die COVID-19 Krise hat die Bedeutung von Investitionen in Wissenschaft und Innovation gezeigt und deutlich gemacht, dass das Wachstum nach der Pandemie durch neue Ideen angeheizt werden kann. Dazu braucht es die entsprechenden Rahmenbedingungen, die Innovationen ermöglichen und erleichtern.

[Zur Analyse](#)

KW 38: Weiterhin große Herausforderungen für Unternehmen

Die Weltwirtschaft erholt sich zunehmend von den Folgen der COVID-19-Pandemie. Die OECD prognostiziert für das laufende Jahr ein Wachstum des globalen BIP von 5,7 % und hat damit ihre Einschätzung seit dem Frühjahr nicht verändert. Doch trotz des deutlichen Konjunkturaufschwungs stehen die österreichischen Unternehmen weiterhin vor großen Herausforderungen. In einer Befragung des WIFO meldeten 73 % der befragten Unternehmen weiterhin Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit durch die COVID-19-Pandemie. Die größten Herausforderungen bereiten den Unternehmen ein Entfall von Aufträgen, der Fachkräftemangel sowie Lieferengpässe. Laut OeNB kosteten die internationalen Lieferschwierigkeiten die österreichische Wirtschaft im 2. und 3. Quartal 2021 bereits rund 750 Mio. Euro.

Aufgrund der Lieferverzögerungen, der damit einhergehenden Materialknappheit sowie auch der deutlichen Verteuerung der Energiepreise sind die Preise für Güter teilweise kräftig gestiegen. Dementsprechend hat die OECD ihre Inflationsprognose für den Euroraum von 1,8% auf 2,1% für das Jahr 2021 angehoben. Der Preisauftrieb dürfte sich aber im kommenden Jahr spürbar abschwächen. Damit sich der vorübergehende Inflationsanstieg nicht verstetigt, ist es laut EZB wichtig, den aktuellen Inflationsanstieg nicht voll in den folgenden Lohnrunden durchschlagen zu lassen.

[Zur Analyse](#)

KW 37: Ökosoziale Marktwirtschaft hat enormen Wohlstand geschaffen

Die ökosoziale Marktwirtschaft zeigt, dass nachhaltiges Wirtschaften, soziales Bewusstsein und ökologische Verantwortung nicht im Widerspruch zueinander stehen. So ist in den letzten Jahrzehnten eine zunehmende Effizienzsteigerung und eine Entkopplung wirtschaftlicher Tätigkeit von Materialverbrauch und Treibhausgasen erkennbar. In Österreich ist der inländische Materialverbrauch zwischen 2000 und 2019 um 4,2 % gestiegen. Da das Bruttoinlandsprodukt im selben Zeitraum um 33,5 % wuchs, konnte die Materialeffizienz seit 2000 um 28,1 % deutlich gesteigert werden. Ebenso zeigt sich in diesem Zeitraum eine Entkopplung der Treibhausgasemissionen vom BIP. Insgesamt hat die soziale Marktwirtschaft seit ihrem Bestehen einen enormen Wohlstand und sozialen Ausgleich geschaffen.

Ein derart hohes Wohlstandsniveau, wie wir es derzeit vorfinden, hat noch kein Wirtschaftssystem zuvor generieren können. Doch gerade in unserer globalisierten Welt braucht es starke Anstrengungen, um gegenüber den dynamisch wachsenden Schwellenländern nicht zurückzufallen und weiterhin ein hohes Wohlstandsniveau aufrecht erhalten zu können. Wesentlich ist es im Sinne der ökosozialen Marktwirtschaft auf Innovationen und positive Anreize zu setzen, nicht aber auf mehr Regulierung und Verbote.

[Zur Analyse](#)

KW 36: Klimaneutralität erfordert enorme Investitionen

Viele Länder haben sich dazu verpflichtet, bis Mitte des Jahrhunderts Klimaneutralität zu erreichen. Dabei erfordert das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 nichts Geringeres als die vollständige Umgestaltung unserer Energiesysteme. Voraussetzung dafür ist eine enorme Ausweitung von Investitionen sowie eine starke Verlagerung der Kapitalausgaben. Laut der Internationalen Energieagentur erfordert das Szenario der globalen Netto-Null-Emissionen 2050 eine Ausweitung der jährlichen Energieinvestitionen von ca. 2 Bio. US\$ im Durchschnitt der letzten 5 Jahre auf fast 5 Bio. US\$ bis 2030 und danach auf ca. 4,5 Bio. US\$ bis 2050. Ein großer Teil davon entfällt auf Investitionsausgaben in die Stromerzeugung sowie auf den Ausbau und die Modernisierung der Stromnetze, wie auch auf weitere Investitionen in die Infrastruktur, in Verkehr und Gebäude.

Der größte Teil dieses Investitions- und Innovationszuwachses stammt dabei aus privaten Quellen (EU-weit werden fast 85% aller Investitionen von Privaten getätigt, 15% von der öffentlichen Hand). Die Politik muss die entsprechenden Anreize und Rahmenbedingungen zur Ankurbelung privater Investitionen, zur Entwicklung neuer Infrastrukturprojekte sowie zur Beschleunigung von Innovationen und Genehmigungsverfahren setzen.

[Zur Analyse](#)

Das könnte Sie auch interessieren



Ökosteuern | Update 11/2022

Analyse der Abteilung für Finanz- und Steuerpolitik [➤ mehr](#)



WKÖ EU-Wirtschaftspanorama 36/2022

Ausgabe 11. November 2022 [➤ mehr](#)



WorldSkills: 30.000 Zuschauer:innen wollen Rot-Weiß-Rot in Salzburg zu Medaillen peitschen

Die Spannung steigt: Von 23. bis 27. November kommt die Berufs-WM nach Österreich. Aktuell liegt Rot-Weiß-Rot im Medaillenranking EU-weit auf Platz zwei [➤ mehr](#)